

Frontal 21

Berenberg-Mitarbeiter warnten vor Offshore-Geschäften

Hans-Walter Peters von der Privatbank Berenberg ist neuer Präsident beim Bundesverband deutscher Banken. Mit ihm sollte endlich wieder Ruhe in die von Skandalen gebeutelte Branche einkehren. Doch nun steht die Berenberg Bank im Fokus der Panama Papers. Waren Offshore-Geschäfte bei der Berenberg-Bank Alltag? Nein, sagt Bankchef Hans-Walter Peters. Doch Ex-Mitarbeiter warnten schon 2013 vor solchen Deals - und wurden entlassen.

12.04.2016

von Jörg Göbel, Max Löschner und Christian Rohde



Frühjahrsempfang des Bankenverbandes. Die Branche feiert sich. Seit gestern hat sie einen neuen Präsidenten, Hans-Walter Peters, Chef der Hamburger Berenberg-Bank. Der privat haftende Gesellschafter Deutschlands ältester Privatbank soll der skandalgebeutelten Branche einen Neuanfang bringen. Und so wies der neue Cheflobbyist auch gleich angebliches Fehlverhalten deutscher Privatbanken in der Affäre um Briefkastenfirmen in Panama weit von sich: "Geldwäsche und Steuerhinterziehung ist absolut nicht tragbar."

Verdacht der Beihilfe zur Geldwäsche

Doch bei Berenberg waren Geschäfte mit Offshore-Firmen und der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca möglicherweise stärker verbreitet, als bislang bekannt. Das legt eine Recherche von Frontal21 und SPIEGEL nah. Den Redaktionen liegt eine umfangreiche Beschwerdeschrift an die deutsche Finanzaufsicht BaFin vor. Darin heißt es: Das Geschäftsmodell der Bank habe unter anderem darauf basiert, den Zahlungsverkehr "für Offshore-Gesellschaften durchzuführen, darunter auch viele Briefkasten- und Scheinfirmen, die mit Strohmännern aufgesetzt wurden". Die Bank habe es unterlassen, die Herkunft des Geldes zu klären und die Kunden gründlich zu überprüfen. Wenn die Vorwürfe stimmen, bestünde der Verdacht der Beihilfe zur Geldwäsche.

Die Berenberg Bank weist das auf Nachfrage zurück. Für die Bank sei es "oberstes Gebot gesetzliche Anforderungen stets zu erfüllen". Bank-Chef Peters hatte der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" ("FAS") gesagt: "Es war und ist nicht unser Geschäftsmodell, an der Gründung von Briefkastenfirmen mitzuwirken." Auch gebe es kein einziges Depot, von dem man den wirtschaftlich Berechtigten nicht kennen würde. "Wir arbeiten absolut legal", führte Peters aus.

"Offshore-Geschäfte waren Tagesgeschäft"

Der finanzpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Gerhard Schick, ist überzeugt: Der Chef der Berenberg Bank stehe nach den Veröffentlichungen nicht für ein sauberes Image des deutschen Finanzplatzes. Vielmehr stehe Peters "für die Beteiligung auch an problematischen Geschäften." Ähnlich äußerte sich Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD: "Angenommen Herr Peters hat nicht gewusst, dass sein Unternehmen Offshore-Konten pflegt, Kunden entsprechend berät, dann wäre es sehr schlecht, weil er sich dann in seinem Unternehmen nicht auskennt", so Binding. "Das traue ich aber einem guten Vorstand nicht zu."

Binding weiter: "Oder er hat es gewusst und dann wäre er beteiligt an diesen Geschäften und das wäre eigentlich noch viel schlimmer." In beiden Fällen sollte er sich genau überlegen, ob er dort an der richtigen Stelle sei. Eine ehemalige Berenberg-Bank-Mitarbeiterin versichert gegenüber Frontal21 nun: "Offshore-Geschäfte waren Tagesgeschäft in Hamburg". Sie berichtet: "Immer wieder wurden Konten für Offshore-Gesellschaften eröffnet, auch für Panama-Gesellschaften von Mossack Fonseca." Die Bank bestreitet das und teilt auf erneute Anfrage mit, dass es "keine Zusammenarbeit zwischen Mossack Fonseca und Berenberg in Hamburg" gebe. Allerdings habe Berenberg einen großen Schiffsbereich, in der Regel in "offshore" gegründeten Ein-Schiffs-Gesellschaften. "Es wäre nicht verwunderlich, wenn auch einige dieser Ein-Schiffs-Gesellschaften von dieser Kanzlei gegründet wurden. Dies aber ohne unser Zutun", lässt Berenberg wissen.

Berenberg-Mitarbeiter warnten schon 2013

Das internationale Recherchenetzwerk ICIJ hat Tausende Kundendaten der Kanzlei ausgewertet und stieß dabei auf viele fragwürdige Geschäfte.

Nach Angaben des beteiligten NDR war die Zusammenarbeit von Mossack Fonseca und Berenberg "besonders eng", laut den Unterlagen habe man mit den Hamburgern "die besten Erfahrungen" beim Einrichten von Offshore-Konten gemacht. Die Kanzlei Mossack Fonseca betonte in einer Stellungnahme, sie handele "im Einklang mit Recht und Gesetz".

Nach ZDF-Informationen hatten Mitarbeiter aus der Berenberg-Complianceabteilung schon im Juli 2013 vor Geschäften mit Offshore-Gesellschaften in Panama und anderen Ländern gewarnt. Die Beziehung von Berenberg zu Mossack Fonseca war damals kein Thema, wohl aber ein mutmaßliches Geldwäsche-Netzwerk mit Namen "Vanagels-Connection", das mit den sogenannten Offshore-Leaks 2011 bekannt wurde. Es ist benannt nach Erik Vanagels, der immer wieder als Direktor, Geschäftsführer oder Eigentümer auftauchte. Vanagels sollen auf dem Papier Tausende Firmen gehören - dabei handelt es sich bei dem Mann offenbar um einen alkoholkranken Obdachlosen aus dem lettischen Riga, ein klassischer "Strohmann", der vermutlich ohne sein Wissen eingesetzt wurde. Die Compliance-Mitarbeiter stießen nach eigenen Angaben bei einer Routineprüfung auf zahlreiche Verbindungen zum mutmaßlichen Vanagels-Netzwerk.

Staatsanwaltschaft Hamburg stellte Ermittlungen ein

Tatsächlich nahm die Staatsanwaltschaft Hamburg Ermittlungen zu den Vanagels Firmen auf, stellte diese jedoch im Juni 2015 ein, weil "keine Anhaltspunkte für konkrete Straftaten festgestellt werden konnten". Die verdächtigen Transaktionen hätten hauptsächlich Bezug zur Ukraine gehabt, "aus der jedoch keinerlei Hintergrundinformationen über die betreffenden Geschäfte erlangt werden können". Derzeit sieht die Staatsanwaltschaft in Hamburg keinen Anlass für erneute Ermittlungen.

Sebastian Fiedler, Vizevorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, kennt sich aus mit Offshore-Konstrukten oder Briefkastengesellschaften in Zusammenhang mit Wirtschaftskriminalität. Er weiß aus Erfahrung, dass aus Deutschland heraus nicht einfach so in anderen Staaten ermittelt werden könne. "Das heißt, wir müssen über die Justiz immer Rechtshilfe in Gang setzen und das dauert unheimlich lange und verzögert Ermittlungshandlungen." Das sei problematisch und führe häufig zu Verfahrenseinstellungen.

Berenberg-Bank weist Vorwürfe zurück

Die Compliance-Mitarbeiter glaubten, alles richtig gemacht zu haben. Sie hatten im Juli 2013 den Geldwäscheverdacht gegenüber ihre Bank detailreich begründet. Doch nach der internen Anzeige kam es zum Streit. Die langjährigen Mitarbeiter wurden in ein einsames Zimmer umgesetzt und der Zugang zu den IT-Systemen der Bank gekappt. Die Bank behauptet heute, es habe sich dabei um einen "kurzfristigen Systemausfall" gehandelt. Doch es folgten Freistellung von der Arbeit, Hausverbot und die fristlose Kündigung. Die Berenberg-Bank weist alle Vorwürfe zurück. "Das Vertrauen in eine Bank ist das wichtigste Kapital, daher hinterfragen wir bei geringsten Zweifeln nicht nur uns selbst", sagt Bankchef Peters auf Anfrage. Deshalb habe das Institut umgehend renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beauftragt, die erhobenen Behauptungen umfassend zu untersuchen. "Sie haben uns alle bestätigt, dass wir die gesetzlichen Anforderungen vollumfänglich erfüllen." Die Bank habe umgehend und angemessen auf die Vorwürfe reagiert. Auch auf erneute Nachfrage sagt die Bank nicht, warum die Mitarbeiter gehen mussten, obwohl sie anscheinend nur ihre vorgesehene Aufgabe erfüllen wollten. Jetzt teilt die Berenberg Bank mit, die Trennung erfolgte, weil sich die Mitarbeiter geweigert hätten, mit ihren Vorgesetzten zusammenzuarbeiten - und Kollegen diskreditiert hätten. Dadurch sei eine weitere Zusammenarbeit nicht möglich gewesen.